



02.12.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir sichern unseren Wohlstand auch in schwierigen Zeiten und lassen niemanden alleine. Mit den Entlastungen haben wir viele Menschen bereits jetzt spürbar unterstützt. Die Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner wird in diesem Monat ausgezahlt. Gleichzeitig werden die Abschlagszahlungen für Gas- und Fernwärmerechnungen im Monat Dezember automatisch vom Bund übernommen. Entweder indem der Abschlag bei direkten Versorgerverträgen gar nicht eingezogen wird oder über die Betriebskostenabrechnung im kommenden Jahr.




Wir haben in dieser Woche weitere Entlastungen auf den Weg gebracht. Wie bereits in den vergangenen Newslettern vorgestellt, haben wir die Strom- und Gaspreisbremse in dieser Woche in erster Lesung beraten. Zum 1. März 2023 wird der Gaspreis für ein Grundkontingent von 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt (Fernwärme: 9,5 Cent). Dies wird rückwirkend zum

1. Januar gelten. Den Strompreis deckeln wir in gleicher Form auf 40 Cent pro Kilowattstunde ebenfalls für ein Grundkontingent von 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs. Für die Industrie gelten besondere Regeln, die sich auf den Verbrauch ausrichten. Falls jemand hierzu weitere Informationen zugeschnitten auf das eigene Unternehmen benötigt, stehe ich gerne zur Verfügung. Wir setzen uns zudem in den Verhandlungen für Entlastungen für diejenigen ein, die mit Öl oder Holzpellets heizen und auch von den Preissteigerungen betroffen sind.

Eine gute Nachricht gibt es für alle Studierenden: **Alle, die zum 1. Dezember eingeschrieben sind, erhalten eine Einmalzahlung von 200 Euro.** Davon profitieren nicht nur die rund drei Millionen Studierenden, sondern auch rund 450.000 Schülerinnen und Schüler, die an einer Berufsschule eine mindestens zweijährige berufsqualifizierende

## Wir begrenzen die Kosten für Strom und Heizung!

**Für 80 Prozent des jeweiligen  
Vorjahresverbrauchs deckeln wir:**

-  **Gas** auf 12 Cent pro kWh
-  **Fernwärme** auf 9,5 Cent pro kWh
-  **Strom** auf 40 Cent pro kWh

**Gilt ab Januar 2023,**  
Auszahlung und rückwirkende  
Verrechnung ab März 2023.

Ausbildung absolvieren. Neben den Heizkostenzuschüssen für BAföG Empfängerinnen und Empfänger, entlasten wir damit erneut steuer- und abgabenfrei.

Die mutigen Proteste von vielen Menschen in China waren in dieser Woche im Rahmen einer aktuellen Stunde Thema im Bundestag. Ich habe in meiner Rede unsere Solidarität mit den Menschen zum Ausdruck gebracht. Ich bin froh und glücklich in einer Demokratie zu leben, in der Kritik geäußert, Argumente ausgetauscht, Maßnahmen angepasst und verändert werden können, wenn die Umstände es verlangen. ([Hier geht es zu meiner ganzen Rede](#))

Man merkt es aktuell überall: Handwerksdienstleistungen oder auch Plätze in Pflegeheimen sind schwierig oder nur mit sehr viel Vorlauf zu bekommen. Fach- und Arbeitskräfte insgesamt fehlen an allen Ecken und Enden. Und damit stehen auch viele Arbeitsplätze auf dem Spiel. Wenn zum Beispiel Zulieferbetriebe nicht mehr liefern können, stehen auch andere Bänder entlang der Produktionsstraße still. Mit dem Bürgergeld und der Weiterentwicklung des inklusiven Arbeitsmarktes, um endlich auch mehr Menschen mit Beeinträchtigung in reguläre Arbeit zu bekommen, heben wir die Potentiale im Inland. Daneben ist es aber zwingend notwendig, dass wir dafür sorgen, qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland gezielt anzuwerben und eine Willkommenskultur für diese zu schaffen. Diese Fachkräfte warten nicht darauf, zu uns zu kommen, sondern arbeiten lieber in Ländern, in denen Englisch, Französisch oder Spanisch gesprochen wird. Deshalb erleichtern wir mit drei zentralen Gesetzen die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften, um unseren Wohlstand zu sichern:

1. **Mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht erhalten Menschen, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben und nicht straffällig geworden sind, eine dauerhafte Bleibeperspektive.** Damit sorgen wir für die Sicherheit und verhindern, dass Menschen, die sich gut integriert haben und zum Beispiel eine Ausbildung absolvieren, nicht mehr von der Werkbank abgeschoben werden können. Jeder von uns kennt vermutlich jemanden, den das betreffen kann. Mich erreichen immer wieder die Nachrichten von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, die ihr Unverständnis darüber äußern, dass ihr Azubi abgeschoben werden soll und alle kennen vermutlich jemanden, den das betreffen kann. Gut, dass wir das ändern.
2. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, zu dem das Bundeskabinett in dieser Woche Eckpunkte beschlossen hat, sorgen wir dafür, dass gezielt Fachkräfte aus dem Nicht-EU-Ausland **schneller und unbürokratischer nach Deutschland kommen können.** Hierzu werden wir die Anerkennung von Qualifikationen vereinfachen und dafür sorgen, dass Menschen schneller in Arbeit kommen können.
3. Die Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts, die noch im Entwurf sind, sehen vor, dass Menschen, die gut integriert sind schon nach fünf Jahren und nicht erst nach acht Jahren mit der deutschen Staatsbürgerschaft gleiche Rechte und Pflichten erhalten können. Damit bringen wir das Staatsangehörigkeitsrecht auf die Höhe der Zeit und gleichen uns vielen europäischen Ländern wie

## Das Chancen- Aufenthaltsrecht.

**Wir geben Menschen,  
die gut integriert  
sind, eine verlässliche  
Perspektive.**

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

Frankreich, Großbritannien oder Polen an. Neuerungen gelten nicht nur für Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind. In Zukunft wird es leichter möglich sein, neben der deutschen Staatsbürgerschaft auch eine andere anzunehmen, wenn man zum Beispiel als Deutscher auswandert. Auch in der Union hat der ehemalige Ministerpräsident von Niedersachsen David McAllister die doppelte Staatsbürgerschaft.

Mit dem Bürgergeld heben wir die Potentiale im Inland, durch die Einwanderung setzen wir auf die Potentiale aus dem Ausland. Wer hierbei von einer „Verramschung“ der Staatsbürgerschaft oder der Förderung von Einwanderung in unsere Sozialsysteme spricht, schürt Ressentiments und möchte unsere Gesellschaft spalten. Dem stellen wir uns energisch entgegen.



In den vergangenen Wochen gab es viele Fake-Kampagnen, die zum Beispiel auf Basis von falschen Zahlen Stimmung gegen das Bürgergeld machen sollten. Mit meiner neuen Rubrik „Behauptet wird – Richtig ist“ möchte ich falsche Behauptungen richtigstellen. In der ersten Ausgabe geht es um die Erbschaftssteuerdebatte:

Im Jahressteuergesetz werden aktuell die Vorschriften der Grundbesitzbewertung angepasst. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 2006 festgestellt: Wegen des Gleichheitsgrundsatzes müssen Betriebe, Grundstücke, Anteile und Kapitalgesellschaften genauso bewertet und besteuert werden wie Barvermögen und Bankguthaben, nämlich nach dem realen aktuellen Wert. Die

Freibeträge liegen für Eheleute bei 500.000 Euro, für Kinder bei 400.000 Euro und für Enkelkinder bei 200.000 Euro.

[Mehr zu diesem Steuermythos gibt es hier.](#)

Seit gestern gibt es meinen Adventskalender. Jeden Tag gibt es [hier auf meiner Homepage etwas zum Mitraten](#) und zusätzlich auch an vielen tagen etwas zu gewinnen. Ich freue mich über alle, die mitmachen und wünsche eine besinnliche Adventszeit!

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt